

Seit Mitte Mai gibt es auch in Nürnberg eine regionale Servicestelle der bundesweiten „Aktion Zusammen wachsen“, die Migrantenkinder im Bildungssystem fit machen will. Initiatorin ist die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer. Wir sprachen mit ihr am Rand ihres Besuches bei der regionalen Servicestelle.

NÜRNBERG – Es gibt schon viele private Initiativen, die sich um die Integration von Migranten-Familien verdient gemacht haben. Aber sie arbeiten oft nebeneinander her. „Selbst weiß einer vom anderen“, sagt Staatsministerin Maria Böhmer. Sie wollte deshalb ein Netzwerk schaffen, wie sie sagt, um die vielfältigen Aktivitäten, die sich etwa auch in Nürnberg entfalten, zusammenzuführen. Dann könne einer vom anderen profitieren.

Diese Arbeit sollen die regionalen Servicestellen übernehmen. In Nürnberg ist diese Stelle beim „Zentrum Aktive Bürger“ angesiedelt, das schon seit Jahren Integrationsarbeit leistet. Im Mittelpunkt der „Aktion zusammen wachsen“ stehen nach Bäumers Worten dabei Bildungspatenschaften vom Kindergarten über die Schule bis hin zur beruflichen Ausbildung. Da-

„Zusammen wachsen“ fördert Integration Patenschaften auch in Nürnberg — Gespräch mit der Bundesbeauftragten Maria Böhmer

VON HERBERT FUEHR

mit soll zugleich ein Haupthindernis beseitigt werden, nämlich, dass in Migrantenfamilien die Eltern ihren Kindern häufig nicht helfen könnten.

Ein wichtiges Instrument, solche Hürden zu überwinden, seien Bildungspatenschaften. Auch hier seien die bereits existierenden Aktivitäten noch zu wenig vernetzt, und so würden viele Ressourcen nicht genutzt. Um die Arbeiten zusammenzuführen, gibt die Aktion Leitfäden und Broschüren heraus, vermittelt Know-how sowie Paten und sogenannte Coaches, die Jugendliche begleiten. Und die Servicestelle nehme natürlich auch immer neue Anregungen auf.

Ganz besonderen Wert legt die Integrationsbeauftragte auf Lespaten, die in der Grundschule vorlesen. Da entstehen schon viele positive Kontakte mit anderen Kindern und mit Eltern. Es habe sich ja bestätigt, dass die Sprachpraxis ganz entscheidend ist, um den Bildungsrückstand aufzu-

holen. Wenn zum Beispiel in der Familie nicht deutsch gesprochen werde, kann nach Böhmers Erkenntnissen der Bildungsrückstand bis zu zwei Jahre betragen. Weitere Schwerpunkte seien die Begleitung beim Übergang von der Schule in die Ausbildung und das Bemühen um Unternehmern ausländischer Herkunft, dass sie selbst ausbilden.

Ergänzend plädiert die Integrationsbeauftragte auch für mehr muttersprachlichen Unterricht. Aber nicht in der alten Weise nach dem Motto: Die kehren bald wieder zurück. Man sollte vielmehr stolz sein auf Zweitsprachigkeit. Böhmer verweist zudem auf eine Aktion des Bundesinnenministers: Das Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge organisiert Integrationskurse an Schulen.

Im Idealfall stehe am Ende des Integrationsprozesses die Einbürgerung. Böhmer weist Vermutungen zurück, dass die Zahl der Einbürgerungen

zurückginge, weil Tests eingeführt wurden. „99 Prozent der Kandidaten bestehen, das ist ein Super-Ergebnis.“ Und wer sich einbürgern lassen wolle, der müsse sich eben in unserem politischen und sozialen System auskennen. Wer mindestens Hauptschulniveau habe, dem werde der Test ohnehin erlassen. Einen Grund für den Rückgang sieht sie in der Bürokratie, die in vielen Städten „noch nicht sehr, viceorientiert“ ist, wie Böhmer das vorsichtig ausdrückt. Das müsse sich in Zukunft radikal ändern. Ein Grund sei auch, dass viele Kinder von Migrantenfamilien bereits als Deutsche geboren würden.

Führt auch das Verbot von doppelten Staatsbürgerschaften zu einem Rückgang? Nein, meint Böhmer. Es stelle sich die Frage, wo der Befragte verwurzelt sei. Die Chance, dass sich Jugendliche in Deutschland so verurteilt sehen, dass sie nur die deutsche Staatsangehörigkeit haben wollen, „dürfen wir nicht versäumen“.

Die Regionale Servicestelle ist beim Zentrum Aktiver Bürger, Gostenhofer Hauptstraße 61–63, 90443 Nürnberg, Tel. 09 11/2 17 47 83 zu erreichen.



Netzwerk für Patenschaften: Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Foto: Stefan Hippel

Beilage 1